



Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden im Zeitraum von 1933 bis 1945

Eine chronologische Rekonstruktion über die Entschädigungsakte Raymond Ullmanns

Das didaktische Arrangement wurde von M.Ed.-Studierenden der JGU Mainz im Wintersemester 2023/24 entwickelt, die Übernahme in vorliegende Fassung wurde von einer Studierenden der Geschichtsdidaktik der JGU Mainz redaktionell begleitet.





Quellen/Quellenarrangement

M1: Auszug aus dem Wiedergutmachungsantrag Raymond Ullmanns (Brief Raymond Ullmanns an seinen Rechtsanwalt im Zuge seines Wiedergutmachungsverfahrens vom 25. Oktober 1950)

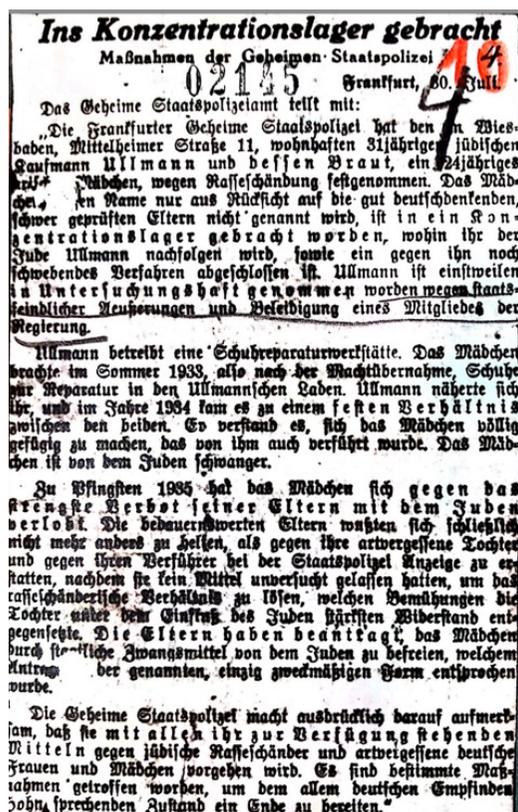
„[...] Bei der Entscheidung bitte ich folgende Punkte zur berücksichtigen. Ich habe meinen rechtmässigen Wohnsitz und meinen gewöhnlichen Aufenthalt in Wiesbaden, also in Hessen, und zwar seit dem 15. September 1907. Am 20. Juli 1937 verliess ich Wiesbaden und begab mich auf Reisen 1) um der Vergasung in einem der Nazikonzentrationslager zu entgehen und 2) um im Ausland in Ruhe und ungefährdet den baldigen Zusammenbruch des Naziregimes zu erwarten. Der Krieg und die Nachkriegsereignisse erlaubten mir keine Rückkehr zu meinem rechtmässigen Wohnsitz vor dem 17. April 1947 [...].“

Auszug entnommen aus: HHStAW Best. 518, Nr. 912

Hinweis: Ullmann spricht in der Quelle von der „Vergasung in einem der Nazikonzentrationslager“ und nimmt hierbei auf die ab 1939 nachgewiesenen, von NationalsozialistInnen organisierten, systematischen Ermordungen in der Shoah Bezug.



M2: NS-propagandistischer Zeitungsartikel vom 30. Juli 1935 mit Vorwurf der angeblichen „Rassenschande“ gegen Raymond Ullmann sowie einem Bericht über dessen anschließende Festnahme durch die Gestapo. Genaue Quelle unbekannt, entnommen aus der Wiedergutmachungsakte Raymond Ullmanns



Ins Konzentrationslager gebracht (Transkript)

Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei;

Frankfurt, 30. Juli.

Das Geheime Staatspolizeiamt teilt mit:

„Die Frankfurter Geheime Staatspolizei hat den in Wiesbaden, Mittelheimer Straße 11, wohnhaften 31jährigen jüdischen Kaufmann Ullmann und dessen Braut, ein 24jähriges [deutsches] Mädchen, wegen Rasseschändung festgenommen. Das Mädchen, dessen Name nur aus Rücksicht auf die gut deutschdenkenden, schwer geprüften Eltern nicht genannt wird, ist in ein Konzentrationslager gebracht worden, wohin ihr der Jude Ullmann nachfolgen wird, sowie ein gegen ihn noch schwebendes Verfahren abgeschlossen ist. Ullmann ist einstweilen in Untersuchungshaft genommen worden wegen staatsfeindlicher Äußerungen und Beleidigung eines Mitgliedes der Regierung.“

Auszug entnommen aus: HHStAW Best. 518, Nr. 912





M3: Auszug aus dem Wiedergutmachungsantrag Raymond Ullmanns (Brief Raymond Ullmanns an einen hessischen Regierungspräsidenten im Zuge seines Wiedergutmachungsverfahrens vom 11. Mai 1950)

Raymond Ullmann
Schloß 12
Wiesbaden - Hessen
Zone 16
Nr. 23571

J. d. A.

Wiesbaden, den 11. Mai 1950.

Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden, Hauptbetreuungsstelle.

Ich bestätige den Erhalt Ihres Schreibens vom 5. Mai, für welches ich einer schädigen Rente auch noch RM -,10 Porto zahlen musste, und habe darauf folgende ausführliche Darstellung des mir von den Nazis zugefügten Schadens zu geben.

Im Jahre 1929 kaufte ich von Herrn Ludwig Markuse, Berlin, Frankfurter für meine gesamten Ersparnisse in Höhe von Reichsmark 5200,- die dortige Schuhbesohlanstalt mit gesamer Einrichtung an Maschinen, Mobiliar. Dieses Geschäft war damals noch sehr gut, denn ich hatte bei Monatsumsätzen zwischen RM 1500,- und RM 2000,- einen durchschnittlichen Monatsreingewinn von mehr als RM 600,-. In den Krisenjahren 1931 und 1932 gingen die Gewinne allgemein zurück, aber ich kann mich an keinen Monat erinnern, an dem das Geschäft weniger als RM 500,- abgeworfen hätte. Dann kam der Januar 1933 mit der Machtübernahme durch die Nazis, und um persönlichen, politischen Feindschaften auszuweichen, und um ferner in den nun kommenden Zeiten der Lebensgefahr mit meinen Lieben (Mutter und Bruder) zusammensein zu können. Verlegte ich Wohnsitz nach Wiesbaden. Aber schon 6 Wochen nach der Geschäftseröffnung kamen die braunen Boykottposten vor meinem Laden, und die Kunden kamen immer weniger und immer ängstlicher zu mir, um den immer grösser werdenden Unannehmlichkeiten auszuweichen. Jetzt waren Monatsumsätze bis zu RM 1000,- schon selten, trotzdem warf mein Geschäft bei einem Umsatz von durchschnittlich RM 1000,- einen monatlichen Reingewinn von mehr als RM 200,- ab. Und das langte noch zu einem anständigen Leben.

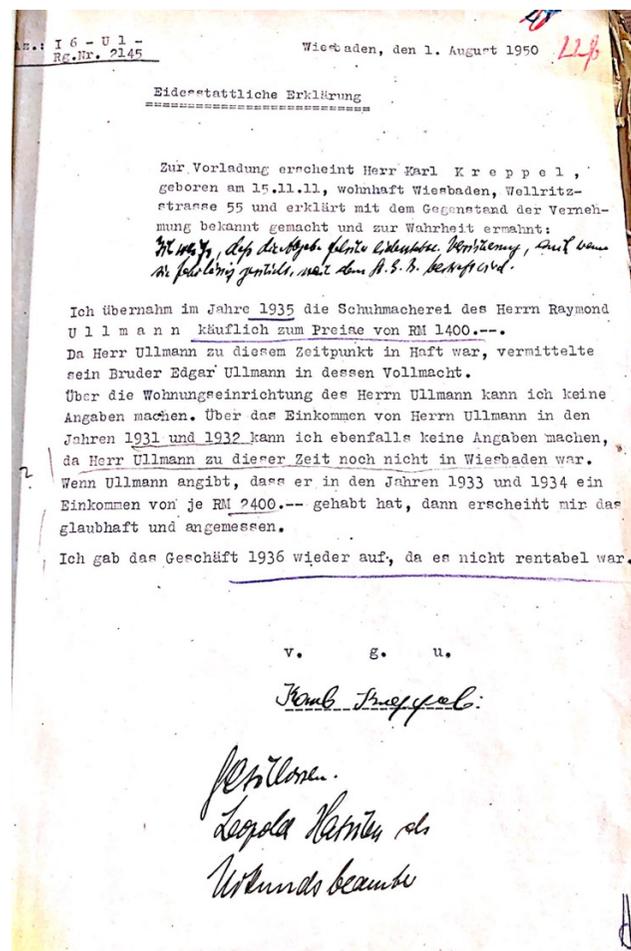
Auszug entnommen aus: HHStAW Best. 518, Nr. 912.

Sprachlicher Hinweis: „Schuhbesohlanstalt“: Schuhmacherwerkstätten wurden früher auch als Schuhbesohlanstalt bezeichnet.





M4: Auszug aus dem
Wiedergutmachungsantrag
Raymond Ullmanns
(Eidesstaatliche Erklärung Karl
Kreppels vom 1. August 1950)



Auszug entnommen aus: HHStAW Best. 518, Nr. 912.

Hinweis: Die Markierungen im Quelltext wurden
(wahrscheinlich) nachträglich in der Akte gesetzt.





Scaffoldingangebot

Infokasten: Wiedergutmachung und Wiedergutmachungsakten

Bei dem nach 1945 geprägten Konzept der **Wiedergutmachung** handelt es sich um materielle Leistungen für Opfer der Verfolgung des Nationalsozialismus. Einschlägig dafür ist das sog. Bundesentschädigungsgesetz (BEG) vom 29. Juni 1956: Opfer im Sinne des BEG ist, wer aufgrund seiner politischen Ansicht, seiner Religion, seiner „Rasse“ oder seiner Weltanschauung mit Gewalt verfolgt wurde und so Schaden an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit oder Vermögen erlitten hat. Ähnliche Ansprüche hatten auch Verfolgte, die aufgrund künstlerischer oder wissenschaftlicher Tätigkeit der Gewalt der Nationalsozialisten ausgesetzt waren, sowie betroffene Nahestehende von Verfolgten. Der Begriff *Wiedergutmachung* wird bis heute kontrovers diskutiert, weil er den Sachverhalt möglicherweise verharmlost.

Entschädigungs- oder **Wiedergutmachungsakten** dokumentieren den bürokratischen Prozess, der zur Aushandlung der materiellen Leistung durchlaufen wurde. Eine Akte enthält in der Regel Material zu einer Person und ihrem Leben, darunter Feststellungen über erlittene Schäden und Belege verschiedener Art, z.B. Anträge auf Entschädigung und den dazugehörigen Schriftverkehr, Originaldokumente, Zeitungsartikel, Rechnungsbögen, Zeugenaussagen usw. Die Akten sind damit wertvoll für den Hergang der Verfolgung einzelner Personen bzw. ihrer Familien.

(Adaptiert aus: Thomas Irmer: Wiedergutmachung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus, Bd. 4: Ereignisse, Dekrete, Kontroversen. Berlin/Boston 2011, S. 435–438, hier S. 435 f.; Franz-Josef Ziwes, Entschädigungsakten/Wiedergutmachungsakten, in: Südwestdeutsche Archivalienkunde, URL: <https://www.leo-bw.de/themenmodul/sudwestdeutsche-archivalienkunde/archivaliengattungen/akten/inhaltliche-unterscheidung/entschadigungs-und-wiedergutmachungsakten>, aufgerufen am 01.01.2024.)





Aufgabenimpulse

1. Gib deine wichtigsten Erkenntnisse in Bezug auf den Inhalt aus den Quellenausschnitten **M1** bis **M4** wieder.
2. Arbeite anhand der Materialien **M1** bis **M4** eine inhaltlich aufeinander aufbauende Chronologie der Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus am Beispiel Raymond Ullmanns heraus.





M5: Darstellungstext von Arnulf Scriba zur Chronologie der Verfolgung, Ausgrenzung und systematischen Ermordung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus (2015, veröffentlicht auf der Seite des Deutschen Historischen Museums).

Vom Mitbürger zum "Volksfeind"

Die erste Welle staatlichen Terrors gegen Juden setzte im Frühjahr 1933 ein. Ende März begann unter großem Propagandaaufwand die Vorbereitung einer Boykottaktion gegen jüdische Geschäfte, Warenhäuser, Anwaltskanzleien und Arztpraxen. Während des "Geschäftsboykotts" vom 1. April entlud sich der von der NSDAP seit Jahren geschürte Hass auf Juden. Zugleich machte die Aktion deutlich, dass die jüdische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit von der NS-Führung nicht als Teil des deutschen Volks betrachtet wurde. Diese erste Welle massiver Ausgrenzung und Unterdrückung nach der Machtübernahme 1933 veranlasste vor allem politisch verfolgte und jüngere Juden zur Auswanderung. Die meisten blieben jedoch trotz Verfolgung, Repressalien* und antijüdischer Propaganda in Deutschland.

*Repressalien = Maßnahmen, die auf jemanden Druck ausüben; Straf-, Vergeltungsmaßnahmen

"Nürnberger Gesetze" und Radikalisierung

25 Einen radikalen Einschnitt in das Leben der Juden in Deutschland brachten die sogenannten Nürnberger Gesetze von 1935, die Juden zu Menschen minderen Rechts stempelten. Um die "Reinhaltung" der "arischen Rasse" für alle Zukunft zu sichern, stellten die Gesetze Eheschließungen sowie den als "Rassenschande" bewerteten außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen Nichtjuden und Juden unter Strafe. Um den Druck auf die jüdische Bevölkerung zu verstärken und deren Bereitschaft zur Auswanderung zu steigern, wurden im Frühsommer 1938 in Berlin die Geschäfte jüdischer Inhaber beschmiert und im Zuge der Aktion "Arbeitsscheu Reich" gegen "Asoziale" und "Kriminelle" zahlreiche Juden willkürlich verhaftet.

Das "Novemberpogrom" und seine Folgen

45 In der Pogromnacht vom 9. zum 10. November ermordeten Nationalsozialisten etwa 100 Juden, steckten Hunderte von Synagogen in Brand und demolierten Tausende jüdischer Geschäfte und Wohnungen. Um den Druck zur Auswanderung zu erhöhen, wurden rund 30.000 jüdische Männer in Konzentrationslager (KZ) verschleppt und nur wieder freigelassen, wenn ihre Angehörigen eine baldige Ausreise zusicherten. Dem wegen der zerstörten Schaufensterscheiben auch "Reichskristallnacht" genannten Pogrom folgte eine Fülle antijüdischer Maßnahmen, mit denen die Juden endgültig jeglicher Existenzgrundlage beraubt wurden.

65 Der Zweite Weltkrieg verschärfte in Deutschland die Lage und die Lebensbedingungen der Juden und anderer Menschen wie Sinti und Roma durch ihnen auferlegte Bestimmungen und Verbote noch einmal. Im Schatten der Kriegereignisse begann im Herbst 1939 zudem die als "Euthanasie" bezeichnete Ermordung unheilbar Kranker und Behinderter. Die "Euthanasie"-Spezialisten wurden noch vor Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion im Sommer 1941 zusammengezogen, um sich auf eine neue Aufgabe im Osten vorzubereiten: die systematische Ermordung der jüdischen Bevölkerung.

Text: Arnulf Scriba, Ausgrenzung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung, in: Lebendiges Museum Online, Stiftung Deutsches Historisches Museum, Berlin 23. Juni 2015; <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/ausgrenzung-und-verfolgung.html> (in vorliegender Fassung gekürzt durch die studentischen AutorInnen).



Weiternutzung als OER ausdrücklich erlaubt, nicht zu kommerziellen Zwecken: Dieses Werk und dessen Inhalte sind – sofern nicht anders angegeben – lizenziert unter [CC BY-SA 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/). Nennung gemäß [TULLU-Regel](https://www.tullu.de/) bitte wie folgt: *Fachlich-didaktische Kontexte: „Didaktische Impulse zum Themenschwerpunkt Wiedergutmachung“*. Die Lizenz gilt nicht für die verwendeten Bilder und Texte aus gedruckten Werken. Sofern nicht anders angegeben, sind diese urheberrechtlich geschützt.



Ausgewählte Ereignisse der Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus

1933

1. April Reichsweiter Boykott gegen jüdische Geschäfte und Praxen
Ausschluss jüdischer Mitglieder aus Vereinen
Inhaftierung in sog. (frühen) Konzentrationslagern.

1935

15. September Auf dem Reichsparteitag der NSDAP werden die „Nürnberger Gesetze“ beschlossen.

1938

6. Juli Das „Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich“ schränkt die Berufsausübung für Jüdinnen und Juden ein.

1939

- November Im Rahmen der Novemberpogrome werden von Angehörigen der SS und SA, unter Beteiligung der Zivilbevölkerung, Synagogen zerstört, jüdische Geschäfte und Wohnhäuser ausgeraubt und männliche Juden in Konzentrationslager verschleppt.
28. November Die „Polizeiverordnung über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit“ schränkt die Bewegungsfreiheit von Jüdinnen und Juden ein. Aufenthalte in Parks, auf öffentlichen Plätzen und die Nutzung öffentlicher Verkehrsmitteln werden ihnen somit verwehrt.

1940

- Oktober Erste Deportation badischer und saarpfälzischer Jüdinnen und Juden in das Internierungslager Gurs, auch auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz.

1941

1. September Jüdinnen und Juden müssen sich ab sofort mit einem gelben Stoffstern mit der Aufschrift „Jude“ kennzeichnen.
23. Oktober Auswanderungsverbot für Jüdinnen und Juden aus dem Deutschen Reich.

1942

20. Januar Im Rahmen der „Wannsee-Konferenz“ wird über die sog. „Endlösung der Judenfrage“ diskutiert und diese von den Nationalsozialisten beschlossen.
- März Beginn der systematischen Ermordung von Jüdinnen und Juden im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.





Aufgabenimpulse

3.

a) Stelle ausgehend vom Darstellungstext **M5** die Phasen der Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung bis hin zur Ermordung von Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus in einer Tabelle dar.

b) Ordne anschließend die Stationen von Raymond Ullmanns Leben in die Tabelle ein.

4.

Erörtere, inwiefern die Biografie Raymond Ullmanns ein Beispiel für die zunehmende Zuspitzung der NS-Verfolgung jüdischer Menschen zur Zeit des Nationalsozialismus darstellt.





Projektorientierte Aufgabenimpulse

- I. Erstelle eine (virtuelle) Gedenktafel anlässlich des 120. Geburtstages Raymond Ullmanns.
 - Überlege, wie diese inhaltlich gestaltet sein könnte.
 - Überlege, wo diese Gedenktafel veröffentlicht werden könnte.
 - Überlege, wie eine öffentliche Einweihung dieser gestaltet sein könnte.

- II. Recherchiere, inwiefern die systematische Verfolgung der jüdischen Bevölkerung seitens der NSDAP in der Zeit des Nationalsozialismus auch in deinem Heimatort stattfand.

- III. **Entwickle** nachhaltige Ideen für eine Präsentation deiner recherchierten Informationen in deinem Heimatort.





Weiterführende Literatur

Baumann, Stefanie Michaela: Menschenversuche und Wiedergutmachung: der lange Streit um Entschädigung und Anerkennung der Opfer nationalsozialistischer Humanexperimente. München 2009 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 98).

Bayer, Florian: Wiedergutmachung oder enttäuschte Hoffnungen? Die Entschädigung von NS-Opfern in Stormarn nach dem Zweiten Weltkrieg. Hamburg 2014.

Friedländer, Saul [u.a.]: Ein Verbrechen ohne Namen: Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust. München 2022.

Goschler, Constantin: Schuld und Schulden: die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945. Göttingen 2008 (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 3).

Goschler, Constantin/ Herbst, Ludolf (Hrsg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1988.

Hockerts, Hans Jürgen: Wiedergutmachung in Deutschland 1945–1990. Ein Überblick. In: BPB (2013). URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/162883/wiedergutmachung-in-deutschland-1945-1990-ein-ueberblick/> (Aufruf am 09. Januar 2024).

Roth, John/ Petropoulos, Jonathan (Hrsg.): Gray Zones: Ambiguity and Compromise in the Holocaust and its Aftermath. New York/ Oxford 2005 (War and Genocide Bd. 8).

Scriba, Arnulf: Ausgrenzung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung. In: LeMO (2015). URL: <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/ausgrenzung-und-verfolgung.html> (Aufruf am 9. Januar 2024).

Weiterführende Links: Die hier aufgeführten Websites ermöglichen individuelle Einblicke in die Judenverfolgung im NS-Regime und ihre Konsequenzen: <https://keepingmemories.gedenkstaette-flossenbuerg.de/> ; <https://www.stolenmemory.org/material/>.

